



Eine VERLAUTBARUNG der
EVANGELISCHEN AKADEMIKERSCHFT IN DEUTSCHLAND e.V.

Glauben – Denken – Handeln

Die Evangelische Akademikerschaft in Deutschland (EAiD) e. V.
ist eine Gemeinschaft von Frauen und Männern,
die sich in ihrem Denken und Handeln
am christlichen Glauben orientieren.

Ihre Mitglieder stellen sich
den geistigen, gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen der Zeit
auf der Grundlage der befreienden Botschaft der Bibel.

Sie helfen einander dabei,
den christlichen Glauben
in Familie, Beruf und Gesellschaft zu leben
und sich für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung
einzusetzen.

Die EAiD wendet sich nicht allein
an akademisch Vorgebildete und Angehörige einer bestimmten Konfession.
Sie ist offen für alle, die sich ihre Ziele zu eigen machen.

(Paragraf 1 der Satzung)

1997 erschien das „Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“. Seine Aussagen, so urteilte einige Jahre später der damalige Ratsvorsitzende der EKD, Präses Manfred Kock, sind ein „Stachel geblieben“.

Wer heute, nach 10 Jahren, über „eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ nachdenkt, wird das Sozialwort der Kirchen an einigen wesentlichen Punkten weiterschreiben wollen.

Christen leben aus einem Schatz geschichtlicher Erinnerungen, der sie in besonderer Weise mit den Herausforderungen der Gegenwart konfrontiert. Dieser Schatz gibt ihnen ein Bewusstsein dafür, dass sie als Teil der weltweiten „Oikumene“, der ganzen Schöpfung Gottes, eine Verantwortung und zugleich große Möglichkeiten haben, menschenfreundliche Formen des Lebens und Wirtschaftens zu gestalten. Was sie tun und lassen, kann daran gemessen werden, ob es ein Leben „in Fülle“ für alle fördert und dabei Gottes Schöpfung bewahrt.

Aus diesem Beweggrund und mit dieser Perspektive wird hier erneut versucht, auf einigen besonders problemhaltigen Politikfeldern Grundsätze und Konkretionen einer Politik für eine gerechte, zukunftsfähige Gesellschaft zu entwerfen.

Dezember 2006 / April 2007

Anise Röhlf *Harpet Schwenker*

(Für den Vorstand)

(Für den Arbeitskreis Gerechtigkeit)

*Evangelische Akademikerschaft in Deutschland
Geschäftsstelle (Marina Meier): Kniebisstr. 29, 70188 Stuttgart
Tel: 0711/282015, Fax: 0711/2628115, eMail: evangakadid@t-online.de*

Inhalt

SOZIALSTAATLICHE MARKTWIRTSCHAFT – ERWERBSARBEIT - BÜRGERGELD	3
BILDUNG UND SCHULE	7
FAMILIEN UND KINDER	10
INTEGRATION IN DEUTSCHLAND	12
EINHEIT DEUTSCHLANDS	14
EINHEIT EUROPAS	16
ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT - PERSPEKTIVE FÜR DIE EINE WELT	20
ENERGIE UND NACHHALTIGKEIT	25
Klimawandel	25
Ökonomie und Umwelt	25
Zwischen Anpassen und Vermeiden	26
Nachhaltige Energiewirtschaft	25
Die drei Säulen der Energiewende	26
Handlungsperspektiven	29
Maßnahmen	29
NACHWORT	31
DIE MITGLIEDER DES ARBEITSKREISES GERECHTIGKEIT	32

Sozialstaatliche Marktwirtschaft – Erwerbsarbeit - Bürgergeld

Was muß geschehen, wenn die Menschen keine **Erwerbsarbeit** mehr finden? Der Abbau von Arbeitsplätzen kann nicht ausschließlich unter dem Kostenaspekt diskutiert werden. Auch wenn uns die Arbeitskosten im internationalen Wettbewerb Probleme bereiten, zeigen die anhaltenden Exporterfolge, dass wir noch konkurrenzfähig sind. Mit immer noch wachsender Produktivität erarbeiten wir ein Ergebnis, das allen die Teilhabe am Leben unserer Gesellschaft ermöglichen kann.

Wer behauptet, es sei genug Arbeit für alle da, wird auch von bezahlbaren Löhnen und den für die soziale Sicherung notwendigen "Nebenkosten" sprechen müssen. Für vier Millionen Arbeitslose gibt es bei uns nicht mehr genug Arbeitsplätze mit denen sich existenzsichernde Löhne erwirtschaften lassen. Diese viel zu vielen Arbeitslosen werden wir nicht durch immer neue high tech-, sondern nur mit noch mehr low tech- und no tech-jobs beschäftigen können. Seit vielen Jahren diskutieren wir, dass sich die Arbeitsgesellschaft von den traditionellen Beschäftigungsfeldern der Industriefertigung weg zu einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft wandelt. Diese Transformation ist in vollem Gang, auch Konjunkturschübe können sie nicht aufhalten. Die Arbeit in den Fabriken wird weiter abnehmen. Der vom industriellen Sektor abhängige Dienstleistungsbereich kann das nicht kompensieren. Der Mensch als wichtigster Produktionsfaktor wird abdanken. Wir werden immer noch arbeiten müssen, aber unser Wohlstand wird viel weniger von der Zahl der Beschäftigten abhängen.

Eine Aufspaltung des Arbeitsmarktes, mit steigenden Anforderungen an die Arbeitsbesitzer, lässt die auf der Strecke bleiben, die die Qualifikationen nicht erfüllen. Arbeit in einfachen Dienstleistungen bietet keine ausreichenden Löhne. Diese "Leichtlohnarbeitsplätze" lassen, nach Marktwert bezahlt, niemanden anständig leben: Höhere Löhne sind unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten dafür nicht zu bezahlen. Wollen wir nicht dem Beispiel der angelsächsischen Länder, insbesondere der USA folgen, und unsere Gesellschaft nicht in Besitzende und „working poor“ spalten, muss der Staat die Niedriglöhne subventionieren.

Die Unternehmen meistern den Druck auf ihre Konkurrenzfähigkeit primär durch technische Rationalisierung. Auch wenn sie selbst unter erschwerten Bedingungen gute Gewinne erzielen, dürfen sie nicht sämtliche „unrationell“ werdenden Arbeitskräfte umstandslos dem Staat vor die Tür schicken. Sie tragen, wie jede Unternehmensrichtlinie heute betont, Verantwortung nicht nur für Anteilseigner, sondern auch für Mitarbeiter. Die gesellschaftlichen Belange können nicht samt und sonders der Priorität des unternehmerischen Kalküls untergeordnet werden.

In der Zeit des "Wiederaufbaus" etwa ab 1950 konnten die Deutschen wännen, die ordoliberalen Doktrin Ludwigs Erhards werde zusammen mit ihrem Leistungswillen genügen, um "Wohlstand für Alle" in alle Zukunft sicherzustellen. Doch war diese Zeit eines fast zwangsläufigen Wachstums für die frühindustrialisierten Länder, in deren Kreis sich Deutschland nach 1945 wieder einreihen konnte, eine Ausnahmezeit. Seither haben sich die Konkurrenzbedingungen im Weltmaßstab dramatisch gewandelt. Fast die Hälfte der Menschheit ist im Verlauf von weniger als zwei Jahrzehnten zusätzlich in die Weltwirtschaft eingetreten. Ordoliberalen Marktwirtschaft

weniger zugkräftige Lokomotive erweist als China. Darum muss Afrika Investitionsstandort werden, über die Technologievermittlung, etwa im Kommunikationsbereich hinaus, die bisher eher Surrogatcharakter trägt. Überall dort, wo das Regierungshandeln die Voraussetzungen bietet, müssen nach Beseitigung der größten Infrastrukturdefizite Investitionen nach Afrika gelenkt werden, um dort ein verarbeitendes Gewerbe entstehen zu lassen, als Voraussetzung für eine Industrialisierung, sobald erst einmal die Ausbildung qualifizierter Arbeitskräfte in Gang gekommen ist.

Doch selbst wenn sich die Länder Afrikas in der Anstrengung zusammenschließen, sich selber zu helfen, werden die erforderlichen enormen Investitionsmittel überwiegend aus dem Ausland kommen müssen. Das kann nicht ohne eine abgestimmte Kombination unternehmerischer Initiativen mit staatsdirigistischen Maßnahmen der Geber- und Empfängerländer gelingen. Anreize müssen geschaffen, Risiken und Verluste abgesichert und kompensiert werden, wenn Investitionen nicht weiterhin fast ausschließlich profitableren Regionen außerhalb Afrikas zufließen sollen. Entwicklungshilfe muss ein ganz neues Gesicht erhalten, wenn sie mehr erreichen will als die Stärkung der Landwirtschaft, faire Rohstoffpreise und Stützung des informellen Sektors.

Ein erster Schritt auf afrikanischer Seite zur Unterstützung der Millenniumsvorhaben könnte die NEPAD-Initiative (New Partnership for Africa's Development) seit dem Jahr 2001 sein, wenn sie nicht in afrikanischen Querelen versandet. Eines der Hauptziele ist die Mobilisierung einheimischer Finanzreserven. Ein europäisches Gegenstück könnte die zivilgesellschaftliche Initiative des "Global Marshall Plan" werden.

Niemand aber darf sich über die Größe dieser Jahrhundertaufgabe täuschen, die eine nicht gekannte Ausdauer und Frustrationstoleranz von uns fordern wird, wenn wir über unsere nationalen und europäischen Grenzen hinaus Wege finden wollen für das Leben in der Einen Welt.

Energie und Nachhaltigkeit

Die Verfügung über Energie ist lebensnotwendig für das Funktionieren von Gesellschaften. Achtzig Prozent aller Umwelt- und Entwicklungsprobleme hängen von Energiefragen ab. In Deutschland ist die herausragende Bedeutung der Energiepolitik für die künftige Entwicklung noch nicht angemessen erkannt. Die erfahrungsnahen Auseinandersetzungen um Arbeitslosigkeit, Gesundheitsversorgung, Familiengerechtigkeit, Altersvorsorge, Verteuerung der Lebenshaltung verstellen den Blick auf die Bedrohung, die uns aus dem gegenwärtigen Energiesystem erwächst. Ohne eine Energiewende werden wir seine zerstörerischen Folgen bereits in den nächsten Jahrzehnten zu spüren bekommen. Die vor uns liegende Herausforderung besteht inzwischen nicht mehr in der Erstellung weiterer Grundsatzanalysen, sondern in der Verfolgung politischer Gestaltungsprozesse.

Klimawandel

Der Befund ist mittlerweile eindeutig, dass der Mensch durch seine Treibhausgasemissionen zunehmend das Klima verändert. Wir befinden uns bereits mitten im Klimawandel, und dieser Wandel erfolgt schneller, als noch vor einigen Jahren vermutet. Dürren, Fluten und Hitzewellen sind unübersehbare Warnsignale. Die Gletscher gehen weltweit zurück, die Arktis schmilzt weiter im Rekordtempo. Klimazonen verschieben sich. Ackerland wird zu Wüste. Wüstenflächen in Afrika und Asien, aber auch in Nordamerika und Europa breiten sich weiter aus. Immer häufigere und länger andauernde Hungersnöte sind die Folge. Der Zugang zu Süßwasser wird durch den Klimawandel noch erschwert werden. Es gibt schon heute mehr Flüchtlinge wegen des Klimawandels als durch Krieg und Bürgerkrieg.

Die Versuche, das Problem kleinzureden, sind eher von Wunschdenken oder Eigeninteresse als von wissenschaftlicher Einsicht beflügelt. Trotz der Vereinbarungen der Kyoto-Konferenz ist der weltweite CO₂-Ausstoß weiter gewachsen, weltweit um 14 Prozent in den vergangenen fünf Jahren; 2005 war das Jahr mit dem bisher höchsten Ausstoß.

Die britische Außenministerin Margaret Beckett hat in ihrer „Berliner Grundsatzrede zur Klimasicherheit“ am 24.10.2006 herausgestellt, „dass Klimaschutz keine Option ist, für die man sich entscheiden kann oder auch nicht, sondern ein zwingendes Gebot.“ Denn „derselbe Prozess, der heute den Menschen ein besseres Leben ermöglicht, zerstört ihre Zukunft.“

Ökonomie und Umwelt

„Nichtstun kommt uns teuer zu stehen“ ist die wesentliche Botschaft des Berichts vom 30.10.2006 über die Ökonomie des Klimawandels, vorgelegt von Nicholas Stern, dem früheren Chef-Ökonomen der Weltbank. Wird ein Prozent des globalen Bruttonettoprodukts in nachhaltige Klimapolitik investiert, lassen sich die desaströsen Folgen des Klimawandels und Billionen Schäden für die Weltwirtschaft vermeiden. Niedrige Umweltstandards werden also künftig keinen Wettbewerbsvorteil mehr darstellen. Das Argument, Maßnahmen zum Klimaschutz würden